

## Beschluss des Landrats vom 26.09.2024

Nr. 729

### 11. Einführung des kantonalen Doppelproporz im Kanton Basel-Landschaft – Teilrevision des Gesetzes über die politischen Rechte

2024/378; Protokoll: gs

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne), sagt, der Landrat sei am 12. September auf die Vorlage eingetreten und habe beschlossen, heute die erste Lesung durchzuführen. Beratungsgrundlage ist der Gesetzestext gemäss Regierungsantrag in der von der Redaktionskommission bereinigten Fassung. Allfällige Änderungsanträge müssen gemäss § 78 Absatz 2 der Geschäftsordnung schriftlich eingereicht werden.

– *Erste Lesung*

*Titel und Ingress*

Keine Wortmeldungen.

*I.*

§ 36 Absätze 2, 3 und 4, § 39 Absätze 2 und 3

Keine Wortmeldungen.

§ 39a

Wohlwissend, dass keine Fraktion ihm folgen wird, will **Martin Karrer** (SVP) doch an seinen Anträgen festhalten.

§ 39a (neu)

Quorum

<sup>1</sup> Eine Listengruppe nimmt an der Sitzverteilung nur teil, wenn:

- a. eine ihrer Listen in einem Wahlkreis mindestens 5 10 % aller Parteistimmen des betreffenden Wahlkreises erhält oder
- b. die Listengruppe eine Wählerzahl erreicht, die gesamtkantonal einem Wähleranteil von mindestens 3 5 % entspricht.

<sup>2</sup> Ein Quorum kommt in den Gemeinden nur dann zur Anwendung, wenn die Gemeindeordnung dies vorsieht.

Unter Buchstabe a soll es eine Änderung von 5 auf 10 % Mindestanteil im Wahlkreis geben. Eine Liste, die nur in einem Wahlkreis eingereicht wird, bildet ebenfalls eine Listengruppe und kann mit einem guten Resultat in einem Wahlkreis Sitze erobern. Darum soll dieses Quorum pro Wahlkreis erhöht werden – damit eine lokale Kleinstliste nicht zufällig ins Parlament rutscht.

://: Der Änderungsantrag zu § 39a Absatz 1 Buchstabe a wird mit 60:15 Stimmen ohne Enthaltungen abgelehnt.

**Martin Karrer** (SVP) sagt zum Änderungsantrag zu Buchstabe b, die Erhöhung des gesamtkantonalen Quorums verhindere zusätzliche Sitzsprünge – weil Kleinparteien oder exotische Listen nicht in der Verteilung berücksichtigt werden. Der Wert von 5 % gleicht zudem das natürliche Quorum im Kanton unter den verschiedenen Wahlkreisen besser aus.

**Alain Bai** (FDP) sagt zuerst grundsätzlich, dass der Landrat die Vorlage jetzt direkt beraten müsse – und dass es nicht mehr möglich sei, die Vor- und Nachteile und Auswirkungen von solchen Anträgen diskutieren zu können, was angesichts der Tragweite der Vorlage höchst fragwürdig erscheine. Die FDP hat gewisse Sympathien für eine Prozenzhürde von 5 %. Man erachtet sie grundsätzlich als sachlich richtig und hätte das gerne diskutiert – und auch die Auswirkungen auf die ganze Vorlage abklären lassen respektive eine Meinung der Experten eingeholt. Das ist leider nicht möglich und hat letztendlich zum Entschluss geführt, dass man diese Vorlage – wie es bereits angetönt wurde – aus dem Grundsatz heraus ablehnt, weil schlicht kein Handlungsbedarf zu sehen ist. Darum wird der Antrag trotz gewisser Sympathien und seiner sachlichen Richtigkeit abgelehnt; weil hier nicht der Ort ist, derart in eine Wahlrechtsreform hineinzufassen. Man sieht an dieser Hürde von 3 % gesamtkantonale aber exemplarisch, dass die Reform von den kleineren Parteien für die kleineren Parteien ausgestaltet wurde.

Die FDP lehnt diese Vorlage hingegen komplett ab – aus grundsätzlichen Gründen: Man sieht keinen Handlungsbedarf für die Wahlrechtsreform. Man darf auf ein bewährtes Wahlsystem schauen, das die Wahlen seit 1919 begleitet und dazu beigetragen hat, dass alle politischen Kräfte und alle Regionen angemessen im Landrat vertreten sind. Keine Partei, die in diesem Saal vertreten ist, hat eine solche Reform nötig, um sich an den politischen Prozessen beteiligen und ihre Wählerinnen und Wähler vertreten zu können.

Die Reform führt dazu, dass der Wählerwille um lediglich 0,5 % besser abgebildet wird. Darum steht der Aufwand für diese Vorlage – die Geschäftsleitung und die Verwaltung sind seit mittlerweile fünf Jahren an der Arbeit – in keinem Verhältnis zum Ertrag. Es sind aber horrenden Kosten entstanden. Hingegen schafft die Reform neue Verlierer – und das betrifft entgegen von Medienberichten und von im Rat geäußerten Behauptungen nicht die FDP. Wenn man es richtig anschaut, sieht man, dass die FDP als einzige Partei weder Sitzgewinne noch Sitzverluste zu befürchten hat. Darum kann sie als einzige Partei ganz nüchtern und sachlich auf die Vorlage schauen. Verlierer dieser Vorlage sind die weniger bevölkerungsstarken Regionen und Täler, welche durch die Vorlage zu politischen Randregionen werden. Sie werden immer mehr Sitze an die urbanen Zentren und Agglomerationen verlieren. Für solche Änderungen der Spielregeln, die zu Gunsten einzelner Parteien erfolgen, aber zu Lasten einer angemessenen Vertretung von einzelnen Regionen und Tälern gehen, bietet die FDP keine Hand. Sie wird die Vorlage im Grundsatz ablehnen – und wie gesagt auch den Antrag nicht unterstützen.

**Tim Hagmann** (GLP) will nur auf den Antrag eingehen und nicht auf die allgemeinen Fragen. Zum Antrag wurde gesagt, dass es darum gehe, exotische Listen zu verhindern. Wenn man die Wähleranteile der letzten Jahre ansieht, so hätte man mit diesem Antrag im Jahr 2011 die exotischen Listen von EVP und GLP ausgeschlossen. Man hätte 2015 die GLP ausgeschlossen. Und man würde im 2019 EVP und GLP ausschliessen. Es ist etwas unklar, ob diese beiden Parteien als derart exotisch und als Störenfriede in diesem demokratischen Prozess angeschaut werden, dass die Regierung nicht mehr funktionieren könnte. Das ist doch zu bezweifeln. Die Anwesenden sollen Vernunft walten lassen und den Antrag ablehnen.

**Béatrix von Sury d'Aspremont** (Die Mitte) sagt, dass die Mitte – wie schon das letzte Mal erwähnt – die Dinge natürlich komplett anders sieht als der Redner der FDP. Für die Fraktion ist die Reform dringend notwendig und sie muss endlich durchgebracht werden. Für die Mitte ist der vorgeschlagene Gesetzestext gut austariert. Deshalb lehnt sie eine Änderung des Quorums – sei es, wie bereits abgestimmt, zu Litera a oder nun zu Litera b – vehement ab. Warum? Generell steht die Partei einer Prozenzhürde kritisch gegenüber, weshalb der von der SVP geforderte höhere Prozentsatz erst recht nicht in Frage kommt.

Sicherlich anerkennt die Mitte, dass eine grosse Verzettelung der Parteien im Landrat für den Parlamentsbetrieb nicht förderlich ist. Aber es herrschen hier auch keine deutschen Verhältnisse. Die Situation in der Schweiz ist anders. Deshalb befürwortet die Fraktion das in der Vorlage vorgeschlagene moderate Quorum. Leidtragende sind bei der Einführung eines Quorums – vor allem je höher es ausgestaltet ist – immer die Kleinparteien. Das gilt auf kantonaler oder kommunaler Ebene, wie es Tim Hartmann zuvor gesagt hat. Man muss sich schon bewusst sein und ehrlich eingestehen, dass ein möglichst hohes Quorum für die grossen Parteien profitabler ist. Das ist aus deren Sicht natürlich nachvollziehbar. Sie behalten ihre Sitze und ihre Macht, die es erlaubt, quasi unter sich zu entscheiden. Splitter- und Kleinparteien wären ausgeschaltet. Das will die Mitte nicht. Sie will eine breite politische Palette, um so auch den Wählerwillen besser abbilden zu können. Deshalb Nein zur Änderung des Quorums.

**Andreas Bammatter** (SP) hat an der letzten Sitzung gesagt, er schäme sich für die Justizkommission. Jetzt bringt die FDP erneut die Kommissionsberatung ins Spiel. Dort wurde es mit 7:6 Stimmen abgelehnt, diese Fragen zu diskutieren. Heute aber argumentiert Alain Bai, er wolle diese Fragen nicht hier diskutieren bzw. man müsse sie jetzt im Parlament diskutieren. Das aber war der Wille der FDP. Die SP will, dass der Wille der Wählenden im Landrat abgebildet wird. Mit einem angemessenen Quorum wird gewährleistet, dass keine exotischen Parteien (wie sie etwa in Allschwil existierten) Einsitz nehmen. Wer aber das Quorum erreicht, soll angemessen vertreten sein. Die SP lehnt beide Anträge ab.

**Manuel Ballmer** (GLP) nimmt zu den generellen Aussagen von Alain Bai Stellung. Dessen Sicht zeigt eine Partei, die schon lange dabei und quasi eingesessen ist. Der Redner dürfte der Einzige sein, der bei einer Parteigründung dabei war und einen Aufbau mitgemacht hat, der schliesslich in den Landrat geführt hat. Es gibt aber auch andere kleine Parteien – die EVP gibt es seit 100 Jahren. Die GLP gibt es seit 2007. Der Redner hat bei seinen ersten Wahlen 2011 miterlebt, wie schwierig es ist, ein Quorum zu erreichen. Es braucht für den Aufbau einer Partei enorm viel Input und Ressourcen. Das sind Menschen – es geht aber auch ums Geld. Es ist darum sehr fragwürdig, wenn man mit solchen Quoren die Entry-Bedingungen höher setzt (die Liberalen wissen aus der Wirtschaft, dass die Entry- und Exit-Bedingungen sehr wichtig sind, damit die Spielregeln fair sind). Das ist alles andere als demokratisch.

Dass nun auch noch mit den Kosten argumentiert wird, ist ebenfalls fragwürdig. In der JSK wurde viel Geld ausgegeben für Gutachten und Gegengutachten; es wurde viel diskutiert und nochmals diskutiert. Das ist passiert und hat seinen Wert – es erzeugt aber auch Kosten. Solche Kosten, welche die Demokratie mit sich bringt, müssen ihren Platz haben. Die GLP wirft der FDP auch nicht vor, dass Abstimmungen über Ärztezulassungen und Deponien eigentlich nur Kosten verursachen. Das Volk muss sich äussern können; ergo erzeugt eine Abstimmung Kosten. Dies gilt auch für die Änderung des Wahlrechts. Man konnte im Kommissionsbericht sehen, dass die Kosten betriebswirtschaftlich betrachtet «sunk costs» sind. Sie sind angefallen. Man kann mit den Kosten argumentieren, die jetzt noch kommen. Das betrifft die Abstimmung und die Implementierung des neuen Wahlrechts in die IT-Systeme. Dieser Betrag ist überschaubar. Man muss diese Dinge

sowieso vornehmen. Denn man konnte sehen: Das heutige System hat vor vier Jahren auf der IT-Seite Fehler geliefert. Somit kann das heutige System nicht gratis weitergeführt werden.

**Yves Krebs** (GLP) hat kein Problem damit, wenn man eine Reform im Grundsatz bekämpft. Schliesslich ist das ja der politische Leitsatz der FDP-Basel-Landschaft: «Warum etwas ändern, das funktioniert?» Der Redner hat allerdings etwas mehr Probleme, wenn man sich dann als Vertreter und Verteidiger des Oberbaselbiets aufspielt: «Oh, die kriegen plötzlich keine Sitze mehr und werden vom Unterbaselbiet überstimmt.» Überstimmt? Es ist jetzt die Rede von einem Sitz, der allenfalls einmal abwandern könnte. Das gab es auch bei den letzten Wahlen – den Wechsel eines Sitzes vom Wahlkreis Münchenstein zum Wahlkreis Oberwil. Das sind ganz normale Vorgänge. Wenn man es vom Oberbaselbiet hat, sei auch gerne daran erinnert, dass die Vertreter des Homburgertals den Waldenburgern den Viertelstundentakt nicht gönnten, während die Leimentaler dafür gestimmt haben. Es heisst noch lange nicht, dass man immer die Interessen aus der eigenen Region besser vertritt.

Der Redner reagiert aber allergisch, wenn man sich aufspielt als Hüter der Finanzen – dass man jetzt das Baselbiet davor bewahre, so viel Geld auszugeben für eine unnütze Reform. Das Geld ist ja schon ausgegeben. Man hat sich fünf Jahre lang damit beschäftigt – auch mit Studien etc. Es liegt alles auf dem Tisch, man muss es nur noch umsetzen. Das IT-System ist auch schon darauf ausgerichtet. Es ist ein Produkt, das man eigentlich ab Stange haben kann – während das heutige System doch sehr fehleranfällig ist. Von den Kosten und vom Aufwand der Verwaltung, die auf Jahre hinaus blockiert seien, darf sich niemand beeindrucken lassen. Wie Manuel Ballmer es zuvor gesagt hat: Da kann man noch ganz andere Beispiele erwähnen. Wie oft verlangt eine FDP eine Strategie, eine Gesamtschau zu einem Thema, das eigentlich schon klar ist? Wie oft verlangt sie ein Rechtsgutachten? Der Redner will nicht wissen, welche Preisschilder dies hat. Wenn man zudem die Personalkosten aller 86 Gemeinden zusammenzählen würde, die Mannstunden für die letzten beiden kantonalen Abstimmungen, so will der Redner lieber nicht wissen, welche Kosten der Wahlbüros resultieren. Aber das sind die Kosten, welche die Demokratie uns wert sein sollten. Darüber will sich der Redner nicht beschweren; er wird einfach allergisch, wenn man sich aufspielt, obwohl eigentlich nichts dahintersteckt.

**Marc Schinzel** (FDP) reagiert allergisch, wenn Unterstellungen in den Raum gestellt werden und mit einem Satz eine Position einer Partei unterminiert wird. Der Vorredner kann sicher sein: Die FDP überlegt, wenn sie sich zu einem Thema äussert. Wenn man der anderen Seite nicht attestieren kann, dass sie sich auch ihre Gedanken macht, wäre es vielleicht besser, man würde sich nicht äussern. Die FDP hat ihre Grundsätze und Überlegungen. Was Alain Bai angesprochen hat, betrifft nicht nur die Kostenfrage. Er hat auf ein Problem hingewiesen – dass die ländlichen Gebiete etwas zahlen müssen für diese Reform. Das kann man machen. Es gibt verschiedene Sichtweisen der Demokratie. Manuel Ballmer hat es zuvor gesagt. Verschiedene Aspekte spielen hinein. Demokratie ist keine exakte Wissenschaft. Man ist hier nicht in einem Labor – man ist in der lebendigen, demokratischen Auseinandersetzung. So resultieren Überlegungen, die zu anderen Meinungen führen können, als es der Mehrheitshaltung im Saal entspricht.

Betreffend Quorum: Manche Leute haben offenbar nicht richtig zugehört. Die FDP unterstützt den Antrag nicht! Zum Quorum generell muss man sagen: Etwas Geschichtsverständnis wäre sinnvoll. Die Quoren sind nicht bloss eine schlechte, antidemokratische Sache. Das Deutschland der Nachkriegszeit wurde so stabil, wie es heute ist, weil es ein gutes Grundgesetz hat – und ein gutes Wahlrecht mit einem Quorum. Eine der Ursachen für den Zerfall der Weimarer Republik war die Parteienzersplitterung. Da sind sich Lehre und Forschung einig. 15 Parteien waren 1932 im Reichstag. Darum hat man nach dem Krieg gesagt, die Weimarer Republik sei zu Grunde gegangen, weil die Demokraten selber nicht widerstandsfähig genug waren, um sich gegen die autoritä-

ren Kräfte durchzusetzen, welche die Situation ausgenützt haben. Genau darum wurde im Grundgesetz das Quorum eingeführt. Wo man dies nicht hat, etwa in Italien, konnte man nach dem Krieg erleben, was passiert: Die Regierungen wechselten schneller, als man das Hemd wechseln kann. Das ist der Punkt. Der Antrag wird deswegen dennoch nicht unterstützt. Ein Quorum, wie es vorgeschlagen wird, ist zwar durchaus sinnvoll. Es ist demokratiepolitisch richtig, weil man damit die Demokratie stärkt – und nicht schwächt. Man verhindert, dass die Leute Oberwasser bekommen, die alle gegen einander ausspielen und nichts im Sinn haben als die Abschaffung der Demokratie. Man sieht also – die FDP hat sich auch hier etwas überlegt. Man kann sich also beruhigen. Viele Leute in diesem Saal machen sich ihre Gedanken; die FDP gehört dazu.

An der letzten Landratssitzung gab es ein Kommissions-Bashing, sagt **Markus Graf** (SVP). Heute gibt es wieder ein Kommissions-Bashing. Das Wort «Scham» wurde schon letztes Mal erwähnt – und jetzt wieder. Der Redner ist auch beschämt: Die Gegenseite im Landrat hat genau gleich Macht ausgeübt. Über den ersten Änderungsantrag wurde nicht einmal diskutiert – er wurde bloss abgeschmettert. Das ist auch ein Machtmissbrauch! Und: Die SVP ist nicht einfach als Nein-Sager-Partei unterwegs; sie bringt konstruktive Anträge ein. Die Quoren sind wichtig, um Sitzsprünge zu verhindern. Ansonsten wird es die genau gleichen Sitzsprünge geben – allenfalls etwas anders. Die Worte von Alain Bai sind zu unterstützen. Es ist, wie er es gesagt hat. Die ländlichen Gebiete werden mit der Wahlrechtsreform verlieren; der Speckgürtel wird dominieren. Das haben aber noch nicht alle gemerkt – vielleicht passiert das ja das nächste Mal.

**Andreas Dürr** (FDP) hat viele Aussagen gehört, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Erstens: Marc Schinzel hat in seiner emotionalen Rede klargestellt, dass die FDP den Antrag der SVP ablehnt, obwohl sie die vorgesehenen Quoren in diesem Kontext an sich für sinnvoll hält. Bloss wird der Kontext nicht als sehr sinnvoll angesehen. Wenn Alain Bai zuvor die Position so dargestellt hat, dass der Aufwand nicht gerechtfertigt ist, so geht es nicht bloss um den finanziellen Aufwand. Es gibt auch einen geistigen Aufwand. Man muss die Bevölkerung mitnehmen und erklären, warum das neue System besser sein soll. Die Gegenseite meint natürlich, dass die Reform nur schon richtig sei, weil sie in ihrem Sinne beschlossen wird – und dass die Bevölkerung blind hinterher gehen wird.

Zum Vorwurf, den sich die FDP immer wieder betreffend Machtmissbrauch anhören musste, sei klargestellt: Die FDP ist die Partei, die weder gewinnt noch verliert. Darum kann sie eine gewisse Objektivität in Anspruch nehmen. Es ist darum erstaunlich, wenn Béatrix von Sury die Reform für «dringend» hält – und man ansonsten sterben würde. Ein Wahlrecht, das seit 1919 funktioniert, wird nicht dringlich unerträglich. Vielmehr gilt: Ein Wahlrecht ist eine heikle Sache, eine Austarierung zwischen verschiedenen Interessen. Es gibt das Interesse, die Leute zu kennen. Es gibt das Interesse des Proporz. Es gibt das Interesse der Regionalität. Das Wahlrecht von 1919 hat dies austariert. Es führt etwa zu einer stärkeren Personalisierung der Kandidaten. Man nehme den Feuerwehrkommandanten von Diepflingen: Man wird ihn im Dorf sehr gut kennen. Man kennt ihn auch in Thürnen und in Sissach. In Biel-Benken aber kennt man ihn garantiert nicht. Sobald man also einen Wahlkreis grösser macht, geht die Personifizierung zurück – man geht mehr auf Parteilisten. Die Dinge verschieben sich also zum Proporz. Wenn man nun sagt, diese Verschiebung zum Proporz sei per se gerechter, ist das eine unerhörte Unterstellung. Man weiss, dass Parlamente nicht rein nach dem Proporz abgebildet werden. Wie viel Personalisierung und wie viel Proporz-Elemente spielen sollen, muss austariert werden. Die zweite Gewichtung ist die lokale Vertretung; damit die einzelnen Kantonsteile nicht überstimmt werden. Man sieht es auch beim Bund: Die Stimme eines Appenzellers zählt viel mehr als jene eines Leimentalers. Man lebt damit. Diese Austarierung ist eines der heikelsten Dinge. Nun wird wegen 0,5 % Verbesserung beim Sitzsprung gesagt, die Reform sei dringend notwendig – das ist doch schlicht eine Gewichtungsfrage.



Damit zur Machtpolitik. Man kann die FDP aus dieser Diskussion nehmen. Aus Sicht der grossen Parteien wird es einen Machtverlust geben. Die SP hat es vielleicht noch nicht gemerkt. Aus Sicht der kleinen Parteien resultiert ein Machtgewinn. Aus Sicht der urbanen Parteien, in denen man die Personen weniger kennt und die Personalisierung weniger stark ist, führt der Proporz zu einer Stärkung der Newcomer (es soll nicht Exoten gesagt werden – auch wenn man dies aufgrund gewisser Voten annehmen müsste). Grundsätzlich hilft die Reform den Parteien, die nicht verankert sind und weniger bekannte Leute haben. Damit ist das Powerplay der GLP klar und logisch. Eine entpersonalisierte Wahl mit mehr Proporz bringt ihr etwas. Dann aber wird den grossen Parteien vorgeworfen, sie würden Machtspiele betreiben. Die Gegenseite macht das genau gleich – bloss in die andere Richtung. Das ist auch Machtpolitik. Man muss sich doch nicht das Mäntelchen der Ehrbarkeit und des besseren Demokraten umhängen. Es ist eine Frage der Gewichtung, die man stellen muss. Hier ist die FDP als nicht betroffene Partei der Meinung, dass die Gewichtung des jetzigen – komplizierten, aber austarierten – Wahlgesetzes stimmt. Es kennt die regionale personalisierte Wahl, die stärker auf die Person spielt. Das heutige System bildet die verschiedenen Interessen korrekt ab. Das ist der Aufwand; es geht nicht um eine bestimmte Summe, die für eine Abstimmung nötig ist.

Abgesehen davon: Ein bewährtes Auszählungssystem ist für die FDP eher hilfreich. Man hat es in St. Gallen gesehen. Jetzt soll es hier ein neues System geben. Die FDP wäre also froh, wenn man das bewährte System beibehalten könnte. Sonst freut sie sich noch zu früh. Fazit: Das Thema sollte nicht zwischen Machtpolitik und der besseren Demokratie gewichtet werden. Man sollte das gut austarierte System behalten. Das ist das Anliegen. Das ist mit Aufwand gemeint: Es wird etwas in eine neue Welt transponiert, das es letztlich gar nicht braucht. Das ist der Standpunkt der FDP. Wenn das neue System kommen soll, kann man auch die Quoren belassen. Man kann nicht einfach einzelne Paragraphen ändern. Es ist schade, dass man dies nicht in der Kommission besprechen kann. Grundsätzlich wird aber das ganze Projekt abgelehnt, weil es nicht den Wert hat.

Für **Andrea Heger** (EVP) zeigt die Diskussion um das Quorum einige grundsätzliche Elemente der Wahlreform. Es gibt jetzt noch einmal die Möglichkeit, darauf einzugehen. Es ist nicht so, wie es Alain Bai vorher gesagt hat, dass man jetzt leider im Landrat eine Diskussion führen muss, die ihm sonst erspart worden wäre. Das wäre auch passiert, wenn das Thema in der Kommission noch einmal behandelt worden wäre, gewisse Entscheide eng gewesen wären und eine Seite unterlegen wäre. Die Erfahrung zeigt, dass im Landrat gewisse Anträge trotzdem noch einmal gestellt werden. Um eine Diskussion im Landrat wäre man also nicht herum gekommen.

Die Quorumsdiskussion gibt der Rednerin die Möglichkeit, die Liebe zur vielfältigen Demokratie oder zur vielfältigen Teilhabe an der Demokratie zu zeigen. Es wurde vorher nämlich gesagt, dass das Quorum hilfreich sein könnte – und dass man die ländlichen Gebiete mit dieser Reform schwächen würde. Ja, das ist so. Die Rednerin kommt sogar aus der Wahlregion, die einen Sitz verlieren würde. Also müsste die Rednerin eigentlich in Angst und Bang leben, dass sie nach der nächsten Wahl nicht mehr hier sein kann, wenn die Wahlreform greift.

Es wurde ja aufgezeigt – so viel zu den Studien, von denen schon genug vorhanden sind –, dass es jetzt ein Problem im System gibt. Dieses gibt ein verzerrtes Abbild des Wählerbilds ab – und es gibt diese Sitzsprünge. Es sind aber nicht nur die Sitzsprünge, weswegen man eine Wahlreform will. Das Thema der «Landverschiebung» würde kommen, weil man im Moment eine Repräsentationsungleichheit hat. Das heisst: Die Rednerin steht für weniger Stimmen respektive Köpfe im Oberbaselbiet wie jemand aus dem Unterbaselbiet. Das hat durch das Bevölkerungswachstum ein Ausmass angenommen, dass man wirklich hinschauen muss. Man muss die Sache angehen und wieder gerechter machen. Aus diesem Grund gibt es diese Reform; es hat durchaus ja seinen Sinn, warum man das macht. Es ist auch sinnvoll, dass man über ein Quorum diskutiert. Das wurde ja auch schon in mehreren Gremien und in der Vernehmlassung gemacht. Es war klar, dass

auch diese Diskussion noch einmal kommen wird. Die SVP hat ja schon in der Vernehmlassung gesagt, dass sie in dieser Frage gerne 10 % hätte. Warum sollte man das nicht machen? Dazu eine Rückfrage: Die SVP findet, man müsse gar keine Reform haben, weil es kein Problem gebe. Die Rednerin sieht im Moment ohne Quorum kein Problem; es ist nicht zu erkennen, warum man doch ein Quorum haben muss.

Ein Punkt, der angesprochen wurde, ist die Verzettelung. Da muss man nicht gross Angst haben. Es gibt im Moment kein Problem. Zudem ist man ja mit der Regel der Fraktionsbildung eingebunden – es gibt im Landrat gewisse Nivellierungen, wenn man als kleine Partei oder als Einzelperson in einer Fraktion ist. Das grosse Problem ist: Mit einem Quorum wird die Macht von denen, die schon gross sind, ausgebaut – das schadet der politischen Beteiligung eines grossen Teils der Bevölkerung. Es werden eigentlich immer weniger Leute repräsentiert, weil es eine Fokussierung auf wenige Parteien gibt. Die Auswahl wird kleiner – das ist nicht okay und vor allem spricht ein derart hohes Quorum dagegen. Die EVP hat sich ja schon dazu geäussert und erklärt, ein Quorum sei nicht nötig – und wenn es ein Quorum geben soll, dann soll es tiefer angesetzt sein. Dazu hat die Partei Anträge eingegeben.

Beim genauen Hinschauen ist dann der Kompromiss herausgekommen mit diesen 3 und 5 Prozent. Die EVP hat befunden, sie wolle den Schritt zum Kompromiss machen. Darum sollten jetzt auch möglichst viele Mitglieder von SVP und FDP sagen können: «Jawohl, mit diesem Kompromiss können wir leben.» Bei der FDP ist diese Bereitschaft da. Es ist dort ja nur ein grundsätzliches Nein, weil die Partei gegen die Reform ist; darum ist deren Aussage zum Quorum durchaus positiv.

Für **Ronja Jansen** (SP) wird es immer schwieriger, die Debatte auszuhalten – sie ist aber auch entlarvend. Darum dieses Votum. Man hört immer wieder, wer mit dieser Reform etwas zahlen muss – seien es die ländlichen Regionen oder die grossen Parteien. Dies ist Ausdruck eines absurden Demokratieverständnisses. Es geht doch nicht darum, welche Gruppe wie profitiert. Wenn es wegen veränderter Bevölkerungszahlen Sitzsprünge gibt, dann ist dies eben so. Das ist die richtige Folge einer veränderten Bevölkerungszusammensetzung. Alle Stimmbürgerinnen sollen möglichst gut ausgebildet werden in diesem Parlament. Es gibt – Stand heute – keinen Grund, dass man bestimmte Stimmen weniger gewichten soll – nur weil sie an eine kleine Partei gehen. Es gibt keinen Grund für eine institutionalisierte Besitzstandswahrung der grösseren und etablierten Parteien.

Als Reaktion auf einzelne Herren aus der FDP: Man ist – dies an Marc Schinzel – nicht in Weimar. Offensichtlich erlebt die deutsche Demokratie heute auch nicht ihre grosse Sternstunde; trotz der institutionalisierten Quoten. Man muss aufhören mit diesen Pseudo-Geschichtsstunden hier drinnen, mit diesen Ausflüchten und Ablenkungsmanövern. Auch der Hinweis von Andreas Dürr, dass die FDP die einzige Partei sei, welche neutral auf die Reform schauen könne, ist fragwürdig: Auch die SP profitiert nicht von dieser Reform. Sie profitiert auch nicht, wenn das Quorum tiefer ist bzw. der Antrag der SVP abgelehnt wird. Die SP hat erkannt, dass sie nicht profitiert. Sie hat aber keine masochistischen Triebe, welche dazu führen, die eigene Partei verkleinern zu wollen. Die SP stellt schlicht die Demokratie ins Zentrum – wie es eigentlich alle Kräfte im Saal machen sollten. Darum gibt es zum Antrag der SVP genau eine Frage: Soll die einzelne Stimme des Stimmbürgers und der Stimmbürgerin möglichst gut ausgebildet werden oder nicht?

**Tim Hagmann** (GLP) ist etwas verwirrt: Einerseits, so heisst es, führe die Reform zu gar nichts, es komme zu praktisch keinen Verschiebungen – zugleich sei das Oberbaselbiet wahnsinnig bedroht. Der Redner wäre froh, wenn die FDP hier eine Antwort hätte. Zum Thema des Quorums: Markus Graf hat gesagt, es gehe darum, Sitzsprünge zu verhindern. Ja – es geht ihm darum, Sitzsprünge von den grossen zu den kleinen Parteien zu verhindern. Das ist das Interesse der SVP. Bezüglich

des «bewährten Systems»: St. Gallen und Baselland hatten bewährte Systeme. Man hat aber Fehler gemacht. Es ist nicht so, dass ein bewährtes System dazu geführt hat, dass keine fehlerhaften Berechnungen resultierten. Es wird jetzt auch so getan, als würde man etwas komplett Revolutionäres einführen. Man führt etwas ein, dass Zürich, Aargau, Schaffhausen, Nidwalden, Zug, Wallis, Schwyz, Uri und Graubünden schon eingeführt haben. Es wird etwas eingeführt, dass 3,8 Millionen Schweizerinnen und Schweizer kennen. Ist das also kein bewährtes System, das man hier einführt? Ist es nichts, worauf man sich abstützen kann? Ist es nichts, wo man einen Fortschritt machen sollte? Diese Aussagen, dass es viel koste und doch nicht viel koste, es zu nichts führe und doch viele Nachteile habe, sind wirklich verwirrend. Ronja Jansen hat es richtig gesagt: Am Ende des Tages werden die Positionen entlarvt.

**Andreas Bammatter** (SP) ist nicht mehr beschämt – sondern mehr säuerlich. 13 Landrätinnen und Landräte hätten besprechen sollen, was hier an den Tag gelegt wird. Alle anderen müssen jetzt zuhören. Das ist nicht so gedacht. Man hätte diese Diskussion in der Kommission führen können – auch die Geschichtsstunde hätte man in der Kommission abhalten können. Es geht nur um die Höhe des Quorums – und nicht um ein Ja oder Nein. Es geht auch nicht darum, sich anzuhören, wozu sich die FDP – die weder profitiert noch verliert – 20 Minuten Zeit nimmt. Auch hier gilt: Wenn alle Landratsmitglieder zuhören müssen, kostet dies. Man sollte über das Quorum abstimmen. Dann ist die Sache vom Tisch.

**Markus Graf** (SVP) dankt Ronja Jansen für das entlarvende Votum: Sie hat angesprochen, worum es den Linken und Grünen geht. Es geht ihnen um die Macht – und um eine Verschiebung in die Agglomeration; in die links-grün dominierten Städte – derweil das Land immer schwächer wird. Darum geht es ihr – vielen Dank.

*://:* Der Änderungsantrag zu § 39a Absatz 1 Buchstabe b wird mit 62:14 Stimmen abgelehnt.

*§ 40, § 41, § 42 Absätze 1, 2 und 3, § 43 Absatz 1, § 47 Absätze 2 und 3, § 49 Absatz 2*

Keine Wortmeldungen.

*II., III., IV.*

Keine Wortmeldungen.

*://:* Die erste Lesung ist abgeschlossen.

---